

Fraktion **direkt**

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Februar 2017

Trendwende bei der Bundeswehr

Mehr Mittel für Personal und Rüstung –
Mehr Verantwortung weltweit

Für mehr
Innere Sicherheit

Aus dem Anschlag in Berlin die
richtigen Konsequenzen ziehen

Inhalt

3

Der Monat
Volker Kauder

4

Die Meinung
Michael Grosse-Brömer

5

Die Fakten

6

Der Brennpunkt
Trendwende bei der Bundeswehr

12

Die Themen
Der Rechtsstaat muss Flagge zeigen

16

Das Gespräch
Joachim Pfeiffer über den Umbruch
im Einzelhandel

18

Die Themen
»Die Landwirtschaft
ist eine Zukunftsbranche«

19

Die Bilder

20

Die Fraktion
»Fraktion direkt« – Jetzt als App

21

Die Antworten
Fragen und Antworten zur
Entsorgung nuklearer Abfälle

22

Die Zahlen

23

Der Gast
Jens Gnisa über Herausforderungen
für die Justiz

23

Impressum

24

Das Zitat



© Bundeswehr/Sandra Mittelstädt

6

Die Bundeswehr ist heute eine Armee im Einsatz. Die neuen Herausforderungen kann sie nur mit mehr Personal und besserer Ausstattung bewältigen.

12

Die Koalition hat die Innere Sicherheit im vergangenen Jahr deutlich gestärkt. Nach dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt dringt die Unionsfraktion auf weitere Maßnahmen.



© Omer Messinger/Picture Alliance/ZUMA Press



© Holger Hollemann/Picture Alliance

18

Die Landwirtschaft ist in der Krise. Auf Drängen der Unionsfraktion hat die Koalition ein Hilfspaket geschnürt. CDU/CSU setzen sich aber auch für mehr Tierwohl ein.

Liebe Leserinnen und Leser,

schon die ersten Wochen des neuen Jahres haben gezeigt, dass die Herausforderungen für unser Land weiter zunehmen. In den nächsten Monaten wird sich erweisen, welchen Kurs der neue amerikanische Präsident Donald Trump tatsächlich einschlägt. Die bevorstehenden Verhandlungen über den Brexit stellen Europa vor große Aufgaben. Im Innern bedroht uns der islamistische Terrorismus. Die Liste ließe sich leicht verlängern.

Trotz der Herausforderungen haben wir realistische Aussichten, dass es uns in unserem Land auch weiter gutgehen wird. Das ist kein Zweckoptimismus. Denn Deutschland wird auch in den nächsten zwei Jahren allen Prognosen zufolge auf einem festen wirtschaftlichen Fundament stehen.

Nicht die Arbeitnehmer werden um ihre Beschäftigung bangen müssen. Eher werden die Firmen vor der Herausforderung stehen, geeignetes Personal zu finden. Die Renten werden vermutlich steigen, die Krankenkassen weiterhin die Finanzierung der medizinischen Versorgung garantieren. Die Haushalte von Bund und Ländern weisen momentan schon Überschüsse aus.

Dies alles wird uns in die Lage versetzen, uns noch besser vor Bedrohungen von außen wie von innen zu schützen. Der Garant für die äußere Sicherheit ist die Bundeswehr. Unsere Streitkräfte haben sich in den vergangenen Jahren eindrucksvoll immer neuen Aufgaben gestellt. Lange schien es, als müsse die Bundeswehr ihr Hauptaugenmerk auf Einsätze in entfernten Regionen legen. Wegen der Aktivitäten Russlands muss sie aber auch wieder mehr Präsenz in Europa zeigen.

Es ist also mehr als gerechtfertigt, wenn sich unser Magazin in seiner ersten Ausgabe des Jahres 2017 der Bundeswehr widmet. Zu verstehen ist dies auch als Zeichen des Dankes und der Anerkennung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Leistung unserer Soldaten. Daneben müssen wir erneut auf die Innere Sicherheit schauen. Nach dem Terroranschlag in Berlin kurz vor Weihnachten hat unser Koalitionspartner nun endlich den Widerstand gegen die Ausweitung der Abschiebehaft aufgegeben.

2017 ist auch ein bedeutsames Wahljahr. Natürlich bereiten wir uns jetzt auf den Wahlkampf mit Angela Merkel an der Spitze vor, an dessen Ende CDU und CSU wieder die Regierung stellen wollen. Bis zum Sommer müssen wir aber noch die Gesetzesarbeit für diese Wahlperiode zum Abschluss bringen. Für reinen Wahlkampf ist jetzt noch nicht die Zeit.

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



© Laurence Chaperon

h

Volker Kauder

Den Wandel selbstbewusst gestalten

Deutschland muss wirtschaftlich stark und außenpolitisch berechenbar bleiben

Das Jahr 2017 wird große Herausforderungen mit sich bringen. Auch wenn noch vieles im Unklaren bleibt, lässt sich schon jetzt voraussagen, dass die Präsidentschaft von Donald Trump in den USA und die angekündigte Erklärung der britischen Regierung zum Brexit von Deutschland neue und kluge Antworten verlangen werden. Es ist auch deshalb von herausragender Bedeutung, dass Deutschland wirtschaftlich stark und außenpolitisch berechenbar bleibt. Wir sind ein stabilisierender Faktor in Europa und der Welt. CDU und CSU werden alles dafür tun, damit das auch in Zukunft so bleibt.

Der Wandel, den wir um uns herum erleben, wird neben Chancen auch manches Problem mit sich bringen. Aber wir haben allen Grund dazu, der Zukunft mit gesundem Selbstbewusstsein und ohne Angst entgegenzusehen. Denn Deutschland, dessen Regierung seit mehr als elf Jahren von Angela Merkel und der CDU/CSU geführt wird, ist ein starkes Land. Aufgrund der guten Wirtschaftslage stiegen sowohl Löhne und Gehälter als auch die Renten zuletzt deutlich, was allen Einkommensklassen zugutekommt. Auch der Arbeitsmarkt präsentiert sich in hervorragender Verfassung. Noch nie seit der Wiedervereinigung war die Zahl der Erwerbstätigen so hoch und Zahl der Arbeitslosen so gering wie gegenwärtig.

Nach Lage der Dinge kann nur ein Kandidat einer rot-rot-grünen Koalition Angela Merkel als Kanzlerin ablösen. Ein solches Bündnis, dessen Probelauf sich gerade im Land Berlin besichtigen lässt, würde für Deutschland nicht nur wirtschaftliche Unsicherheit, sondern auch außenpolitische Unberechenbarkeit mit sich bringen. Die gute Wirtschaftslage lässt sich auch von der Opposition nicht wegdiskutieren. Stattdessen wird vom linken politischen Lager ständig behauptet, Deutsch-

land werde immer ungerechter und die Gesellschaft drifte auseinander. Der neue Armuts- und Reichtumsbericht, den die Bundesregierung im Frühjahr offiziell vorstellen wird, zeigt ein anderes Bild. Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts sind die Einkommen in Deutschland weitgehend stabil verteilt.

Es ist und bleibt unser Ziel, allen Bürgern die optimalen Möglichkeiten für ihre persönliche Entwicklung zu eröffnen. Erreicht werden kann dies nicht durch möglichst viel Verteilungsgerechtigkeit, wie sie Rot-Rot-Grün propagiert, sondern nur durch Chancengerechtigkeit. CDU und CSU treten für einen starken und leistungsfähigen Sozialstaat ein. Aber Ludwig Erhards Mahnung von 1957

hat nichts von ihrer Aktualität verloren: »Am Anfang muss die eigene Verantwortung stehen, und erst dort, wo diese nicht ausreicht oder versagen muss, setzt die Verpflichtung des Staates und der Gemeinschaft ein«, heißt es in seinem vor genau 60 Jahren veröffentlichten Buch »Wohlstand für alle«.

Deutschland ist nicht das Paradies auf Erden. Doch für die Propaganda, dass Deutschland immer ungerechter werde, gibt es keine reale Grundlage. Sie dient vor allem zur Rechtfertigung eines Bündnisses, das die gute wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands gefährden und auch außenpolitisch neue Unsicherheiten heraufbeschwören würde.

»Chancengerechtigkeit statt Verteilungsgerechtigkeit«



Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wussten Sie, dass...

...Stalking-Opfer jetzt besser geschützt werden?

Auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion hat der Bundestag Mitte Dezember eine Gesetzesnovelle verabschiedet, nach der Stalking-Opfer besser geschützt und Täter schneller verurteilt werden können. Künftig muss eine von Nachstellungen betroffene Person nicht erst umziehen oder den Arbeitsplatz wechseln, bevor der Stalker strafrechtlich belangt werden kann. Der Täter muss nun schon dann mit rechtlichen Konsequenzen rechnen, wenn er mit seinen Nachstellungen das Leben des Opfers objektiv gesehen schwerwiegend beeinträchtigt.

Unter Stalking fällt beispielsweise, wenn eine Person einer anderen ständig auflauert oder sie mit Briefen, Mails und Telefonanrufen terrorisiert. Der Straftatbestand, der mit bis zu drei Jahren Gefängnis geahndet werden kann, umfasst auch Manipulationen in den sozialen Medien, ständige Lärmbeschallung, Überwachung des Familien- und Bekanntenkreises oder die Veröffentlichung falscher Heirats- und Todesanzeigen. Tausende Fälle von Stalking werden jedes Jahr gemeldet.

Opferschutz ist der Unionsfraktion ein besonderes Anliegen. Im parlamentarischen Verfahren setzte die Fraktion Verbesserungen am Gesetzentwurf des Bundesjustizministers durch. Sie hätte sich auch gewünscht, dass der Minister die Gesetzesverschärfung früher auf den Weg gebracht hätte.

 Bundestagsdrucksache
18/9946

...Autobahnen bald schneller saniert werden?

Der Bund investiert viel in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. So fließen im Rahmen des neuen Bundesverkehrswegeplans bis 2030 rund 270 Milliarden Euro in den Erhalt und den Ausbau des Straßennetzes.

Zu häufig kann das Geld aber nicht wie erforderlich auf die Straße gebracht werden. Vor allem bei den Autobahnen gibt es hinsichtlich Finanzierung und Umsetzung geteilte Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern. Das führt zu Doppelstrukturen und regelmäßig auch zu Reibungsverlusten.

Mit der Einrichtung einer bundeseigenen Gesellschaft – der Infrastrukturgesellschaft Verkehr – soll nun die Auftragsverwaltung modernisiert werden. Die Bündelung von Finanzierung, Planung, Bau und Betrieb des Autobahnnetzes in einer Hand ermöglicht es, Bundesautobahnen effizienter und mit hoher Qualität zu bauen. Das ist wichtig, denn als Mobilitäts- und Exportnation kann Deutschland nur mit einem flächendeckend gut ausgebauten Verkehrsnetz wettbewerbsfähig bleiben. Klar ist dabei, dass das Eigentum am Streckennetz und der neu zu gründenden Gesellschaft zu 100 Prozent beim Bund als oberstem Bauherrn bleibt.

Das Bundeskabinett hat die Reform bereits auf den Weg gebracht. Nun wird der Bundestag darüber beraten. Die Union wird das Gesetzgebungsverfahren konsequent vorantreiben.

...Contergan- Geschädigte nun leichter Hilfe erhalten?

Das bis 1961 vertriebene Beruhigungsmittel Contergan hat weltweit zu schweren Fehlbildungen bei Neugeborenen geführt. Allein in Deutschland kamen schätzungsweise zwischen 2.500 und 5.000 geschädigte Kinder zur Welt. Der Bundestag hat nun eine Änderung des Conterganstiftungsgesetzes beschlossen, damit die Opfer zukünftig besser und vor allem unbürokratischer Unterstützung erhalten.

Bislang mussten Contergan-Geschädigte in einem komplizierten Verfahren Leistungen für ihre spezifischen Bedarfe beantragen. Dieses Verfahren wird mit der Gesetzesänderung abgeschafft. Den Betroffenen stehen jetzt je nach Grad der Schädigung jährliche Pauschalzahlungen zwischen 876 und 9.900 Euro zu. Zudem erhält jeder Berechtigte unabhängig von der Schwere der Schädigung einen jährlichen Sockelbetrag in Höhe von 4.800 Euro.

Das neue Verfahren ermöglicht nicht nur eine gerechtere und unbürokratischere Verteilung der Mittel. Es setzt zudem Kapazitäten in der Stiftungsverwaltung frei, die zur Unterstützung der Opfer genutzt werden können.

Die Union steht zu der besonderen Verantwortung, die der Staat seinerzeit für die Contergan-Geschädigten übernommen hat. Sie setzt sich neben der finanziellen Unterstützung auch für den Aufbau medizinischer Kompetenzzentren unter enger Beteiligung der Geschädigten ein, die eine Anlaufstelle erhalten sollen.

 Bundestagsdrucksachen
18/10378 und 18/10670

Trendwende bei der Bundeswehr

Mehr Mittel für Personal und Rüstung –
Mehr Verantwortung weltweit

In den 60 Jahren ihres Bestehens hat die Bundeswehr einige Wandlungen durchlaufen. Während des Kalten Krieges gegründet zur Landes- und Bündnisverteidigung ist die Bundeswehr heute eine Armee im Einsatz. Seit der Wiedervereinigung haben 380.000 Soldaten an 40 Auslandseinsätzen im Rahmen von UN-, NATO- und EU-Missionen teilgenommen. Die Aussetzung der Wehrpflicht war verknüpft mit einer Umstrukturierung und einer Reduzierung des Umfangs. Doch angesichts der neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen weltweit hat die unionsgeführte Koalition eine Wende eingeleitet, die sich auf die Formel bringen lässt: mehr Geld, mehr Personal, mehr Verantwortung.

Ukraine-Krise, Syrien-Konflikt, islamistischer Terror – die Bundeswehr steht »einer nie da gewesenen Parallelität und Größenordnung von Krisen und Konflikten gegenüber«. So heißt es im Weißbuch 2016 der Bundeswehr, dem grundlegenden Leitfaden für sicherheitspolitische Entscheidungen der Bundesregierung. Dass die Koalition zehn Jahre nach der letzten Standortbestimmung ein neues Weißbuch erarbeitet hat, ist eine Reaktion auf das Ausmaß der Veränderungen.

Die Bundeswehr, so heißt es dort weiter, sei in einer »Bandbreite« gefordert wie selten zuvor – von der Landes- und Bündnisverteidigung

über internationales Krisenmanagement bis zur regionalen Konfliktverhütung. Sowohl der Gestaltungsanspruch bei Krisen in der europäischen Nachbarschaft und anderswo, als auch die gestiegenen Erwartungen der westlichen Welt an die außen- und sicherheitspolitische Rolle Deutschlands verlangten »eine Trendwende«.

Die Trendwende findet ihren Niederschlag im Verteidigungshaushalt, immerhin mit rund elf Prozent der zweitgrößte Ausgabenposten im Bundeshaushalt. Nach fast zwei Jahrzehnten des Sparens, in denen die sogenannte Friedensdividende eingestrichen worden war, werden wieder mehr finanzielle Mittel für Personal und Material eingesetzt – was in erster Linie der CDU/CSU-Fraktion zu verdanken ist. Von 34 Milliarden Euro im Jahr 2016 wächst der Verteidigungsetat auf 36,6 Milliarden Euro in diesem Jahr, also auf 1,18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Franz Josef Jung (CDU) begrüßt die Entwicklung:

»Bundeswehr in ganzer
Bandbreite gefordert«

»Damit nähern wir uns immerhin schrittweise dem NATO-Ziel von zwei Prozent des BIP an.«

In die militärische Ausrüstung sollen in den kommenden 15 Jahren insgesamt 130 Milliarden Euro fließen. Damit werden rund 1.500 Rüstungsprojekte finanziert, hauptsächlich Panzer und Hubschrauber. Da die Anforderungen an die Bundeswehr in den vergangenen Jahren vielfältiger geworden sind,



Ein Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 A6 bei einer Lehrübung auf dem Truppenübungsplatz Munster



© Bundeswehr/Marco Dorow





Ein Eurofighter aus Wittmund in Ostfriesland

© Bundeswehr/Stefan Petersen

braucht sie eine Vielzahl an Gerät. Aufklärungsfähigkeiten wie Recce-Tornados, Flugabwehrsysteme wie Patriot-Raketen und Sanitätseinheiten werden vor allem von den Bündnispartnern stark nachgefragt.

Nach 25 Jahren Stellenstreichungen soll auch der Personalbestand der Bundeswehr wieder wachsen. »Die Zeit der Schrumpfkuren ist vorbei«, betont Jung.

»Die Zeit der Schrumpfkuren ist vorbei.«

Bis zum Jahr 2023 soll es über 6.900 neue Dienstposten geben. Auf eine personelle Obergrenze für die Bundeswehr will man verzichten. Vielmehr wird der Personalbedarf jedes Jahr neu ermittelt. Hauptsächlich soll der Aufwuchs den Bereichen Heer und Marine, Sanitätsversorgung und Management von Rüstungsprojekten zugutekommen. Die Bundeswehr erhält nicht zuletzt eine neue Teilstreitkraft zur Cyber-Abwehr, die ab April 2017 ihren Dienst aufnimmt. Ihr werden rund 13.500 IT-Soldaten angehören.

Damit die Bundeswehr auf dem Arbeitsmarkt mit der Privatwirtschaft um junge Spezialisten konkurrieren kann, hat die Unionsfraktion dafür gesorgt, dass die Attraktivität des Dienstes gesteigert wird. So wurde in dieser Legislaturperiode der Sold erhöht und die soziale Absicherung verbessert. Auch die Dienstzeiten lassen sich flexibler gestalten. Nun können Soldaten und Soldatinnen mit Familienpflichten in Teilzeit gehen. Für Zeiten der Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen können Arbeitszeitkonten eingerichtet werden.

Europa-Armee – Zukunft oder Fiktion?

Europäische Verteidigungsunion als Ergänzung zur NATO – Gemeinsames EU-Hauptquartier angestrebt

Europa sieht sich neuen Bedrohungen ausgesetzt. So setzt Russland seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim zunehmend auf Konfrontation mit dem Westen. Der sogenannte Islamische Staat (IS) destabilisiert ganze Regionen im Nahen Osten – mit Konsequenzen auch für Europa. Der Westen selbst steht vor neuen Herausforderungen. Es ist davon auszugehen, dass die USA unter Präsident Donald Trump von Europa mehr militärische Eigenständigkeit erwarten. Die Europäische Union verliert mit Großbritannien nicht zuletzt auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik ein starkes Mitglied.

In dieser Situation stellt sich die Frage, was Europa tun kann, um seine Handlungsfähigkeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken. Der EU-Gipfel im Dezember gab grünes Licht für eine engere Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, nachdem Großbritannien seine Vorbehalte dagegen aufgegeben hat. Zu den Plänen gehören der Aufbau eines EU-Militärhauptquartiers sowie die Umsetzung von gemeinsamen Rüstungsbeschaffungsprogrammen. Auch der Aufbau eines EU-Verteidigungsfonds in der ersten Jahreshälfte 2017 wird anvisiert.

Vor allem Deutschland und Frankreich machen sich für ein gemeinsames Hauptquartier stark. Es hätte den Vorteil, dass EU-Militäreinsätze künftig nicht mehr reihum von den beteiligten Staaten geführt werden müssten. Auch ein gemeinsames Sanitäts- und Logistikzentrum sowie eine vereinigte strategische Planungsfähigkeit sind im Gespräch.

Eine Europa-Armee scheint allerdings in weiter Ferne zu liegen. Die seit 2005 bestehenden EU-Kampfverbände, die sogenannten Battlegroups, die aus 1.500 bis 3.000 Soldaten bestehen, wurden bislang noch nie eingesetzt. Wollte man darüber hinausgehen, so müssten eine Reihe von Fragen geklärt werden, die die Souveränität der Mitgliedstaaten betreffen – unter anderem: Sollen die Truppenteile weiterhin den entsendenden Mitgliedstaaten unterstehen oder würden sie von einem gemeinsamen Kommando geführt? Wer würde diese Streitkräfte finanzieren? Welche Kontrollmöglichkeiten hätten die Parlamente?

Vielmehr orientiert sich die EU nun zunehmend am Ziel einer Europäischen Verteidigungsunion. Der Weg dorthin führt über die sogenannte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit gemäß Lissabon-Vertrag. Sie bietet einzelnen EU-Staaten die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verbindlicher und effektiver zusammenzuarbeiten. Die Zustimmung der anderen EU-Mitgliedstaaten ist dafür nicht nötig. Diese können sich aber jederzeit anschließen.

Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU soll die NATO weder ersetzen noch mit ihr in Konkurrenz treten, sondern ist als Ergänzung zu verstehen. Dies würde sich auch in einer europäischen Verteidigungsunion nicht ändern. Sie dient nicht zuletzt der Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO und kommt somit auch dem transatlantischen Bündnis zugute.

Soldat sein – Kein Beruf wie jeder andere

Dennoch: Der Soldatenberuf ist kein Beruf wie jeder andere. Deutschland zu dienen, heißt Verantwortung für unser Land und unsere Bürger zu übernehmen. Im Weißbuch wird erstmals auch explizit ein Einsatz im Inneren als Handlungsfeld erwähnt. Für den Fall eines Terroranschlages großen Ausmaßes sollen Soldaten mit ihren speziellen Fähigkeiten die Polizei unterstützen können.

Der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte, nennt als Beispiele für solche Fähigkeiten den ABC-Schutz und den Sanitätsdienst, aber auch die Absicherung öffentlicher Räume und die Verkehrsleitung. »Es ist nicht verantwortlich, auf diese Fähigkeiten der Bundeswehr zu verzichten, wenn die Sicherheitslage es erfordert«, sagt Otte. Gerade nach dem islamistischen Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt zeige sich einmal mehr, so der CSU-Politiker Florian Hahn, dass die Bundeswehr dort ihren Anteil an der Sicherheit für die Bürger übernehmen können müsse, wo sie von ihrer Ausrüstung und Ausbildung her am besten dafür geeignet sei.

Hauptaufgaben der Bundeswehr sind die Landes- und Bündnisverteidigung, die Konfliktbewältigung und Krisenprävention. Auslandseinsätze werden heute eingebunden in einem vernetzten Ansatz aus Militär, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit. Die Eindämmung von Krisenherden ist in vielen Fällen gleichbedeutend mit der Bekämpfung von Fluchtursachen.

Mali inzwischen bedeutsamstes Einsatzland

Derzeit befinden sich rund 3.300 Bundeswehrsoldaten in 14 internationalen Einsätzen. Der größte und gleichzeitig der gefährlichste ist der Einsatz in Mali. Im Norden des Landes überwachen die Vereinten Nationen die Umsetzung eines Friedensabkommens der Regierungstruppen mit Aufständischen. Daran sind momentan 550 deutsche Soldaten beteiligt. Der Bundestag hob im Januar die Obergrenze von jetzt 650 auf 1.000 an. Verbunden damit ist die Stationierung von Kampf- und Rettungshubschraubern, um verletzte Soldaten im Notfall ausfliegen zu können. Diese Aufgabe übernimmt die Bundeswehr für eineinhalb Jahre von den Niederländern. Gleichzeitig beteiligt sich die Bundeswehr im Rahmen einer EU-Mission an der Ausbildung der malischen Armee.

»Eine Frage der Souveränität«

Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte, über nationale Schlüsseltechnologien in der Rüstung

Herr Otte, die Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist durch europäische Kooperationen geprägt. Wozu bedarf es nationaler Schlüsseltechnologien?

Otte: Bei der Definition der Schlüsseltechnologien wurde geprüft, welche technischen Fähigkeiten wir am internationalen Markt einkaufen oder in Kooperation mit unseren Partnern erarbeiten. Insbesondere stand jedoch die Frage im Mittelpunkt, in welchen Technologiebereichen Deutschland auf Wissen und Produktion im eigenen Lande nicht verzichten darf. Speziell auf dem Feld der Sicherheit und Verteidigung kann es essenziell sein, bestimmte Fähigkeiten selbst zu beherrschen und nicht von anderen abhängig zu werden. Das ist auch eine Frage der Souveränität eines Staates.

Auf dem europäischen Rüstungsmarkt lief zuletzt nicht alles zugunsten der deutschen Sicherheitspolitik. Anderen Staaten ist es besser gelungen, sich Einfluss und Kontrolle in strategischen Industrien zu sichern. Aus diesem Grund ist zu prüfen, wie auch der deutsche Staat sich mehr Mitgestaltung sichern kann.

Zunächst waren nur Kryptotechnologie, Sensorik und Aufklärung zu den unverzichtbaren Technologien gezählt worden. Warum hat man gepanzerte Fahrzeuge und U-Boote hinzugenommen?

Otte: Im Abstimmungsprozess über die Schlüsseltechnologien habe ich mich gezielt für eine sicherheitspolitisch bestimmte Sichtweise eingesetzt. Deswegen ist es richtig, dass nun auch gepanzerte Fahrzeuge und U-Boote neben den ursprünglich vorgesehenen Technologiefeldern als Schlüsseltechnologien vorgesehen sind. In diesen Bereichen haben wir weltweit eine Führungsposition, die wir erhalten und ausbauen wollen. Die deutsche Sicherheitspolitik erhält hierdurch eine Souveränität, um die uns viele Staaten beneiden. Fähigkeiten, die unsere Rüstungsindustrie heute verliert, wären für die Zukunft unwiederbringlich weg.

Können sich die Schlüsseltechnologien dank öffentlicher Förderung wirklich gut entwickeln, wenn die Rüstungsexportpolitik weiterhin restriktiv gehandhabt wird?

Otte: Rüstungsexportpolitik ist ein Pfeiler der deutschen Außenpolitik und kann nur sicherheitspolitisch begründet sein. Viele Produkte der deutschen wehrtechnischen Industrie werden weltweit stark nachgefragt. Hierdurch erhält Deutschland die Möglichkeit, international Einfluss zu nehmen. Diese Basis wollen wir ausbauen. Mit Exporten von Ausrüstung stärken wir Akteure, die in ihrer Region Garanten für Stabilität sind oder sich Gewalttätern entgegenstellen. Gleichzeitig können wir somit diese Industriebasis in Deutschland erhalten, die allein von den Aufträgen der Bundeswehr wirtschaftlich nicht leben kann.



© Laurence Chapelon

Henning Otte
Verteidigungspolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Soldaten der Teilstreitkräfte
Heer, Luftwaffe und Marine

»Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee.«

Mali wird somit 2017 Afghanistan als wichtigstes Einsatzland ablösen. In Afghanistan haben die ISAF-Truppen unter Führung der NATO ihren Kampfeinsatz Ende 2014 beendet. Seitdem beteiligt sich die Bundeswehr mit rund 1.000 Soldaten an der Ausbildungs- und Beratungsmission ›Resolute support‹. Nach jüngsten Überlegungen der NATO könnte der Einsatz, der die afghanischen Sicherheitskräfte befähigen soll, selbst für die Sicherheit ihres Landes zu sorgen, bis 2020 dauern.

Islamistischen Terrorismus bekämpfen

Von großer Bedeutung ist für die Bundeswehr auch der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus. Der sogenannte Islamische Staat (IS) versucht seit Jahren, ganze Regionen in Syrien, Irak und Libyen zu unterjochen. Im Kampf gegen die Islamisten beliefert die Bundeswehr die

kurdischen Peschmerga im Irak mit Waffen und bildet sie daran aus. Mit Tornado-Aufklärungsflugzeugen und Awacs-Luftraumüberwachung unterstützt die deutsche Luftwaffe außerdem die Anti-IS-Koalition in Syrien.

Auch vor der eigenen Haustür sind EU und NATO mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Seit Russland 2014 völkerrechtswidrig die Krim annektiert hat und die Separatisten in der Ostukraine militärisch unterstützt, sieht sich die NATO genötigt, an ihrer östlichen Grenze – in Polen und dem Baltikum – verstärkt Präsenz zu zeigen. Deutschland beteiligt sich an der Verlegung von je einem NATO-Bataillon nach Polen, Litauen, Lettland und Estland und übernimmt als Rahmennation die Führung des Bataillons in Litauen.

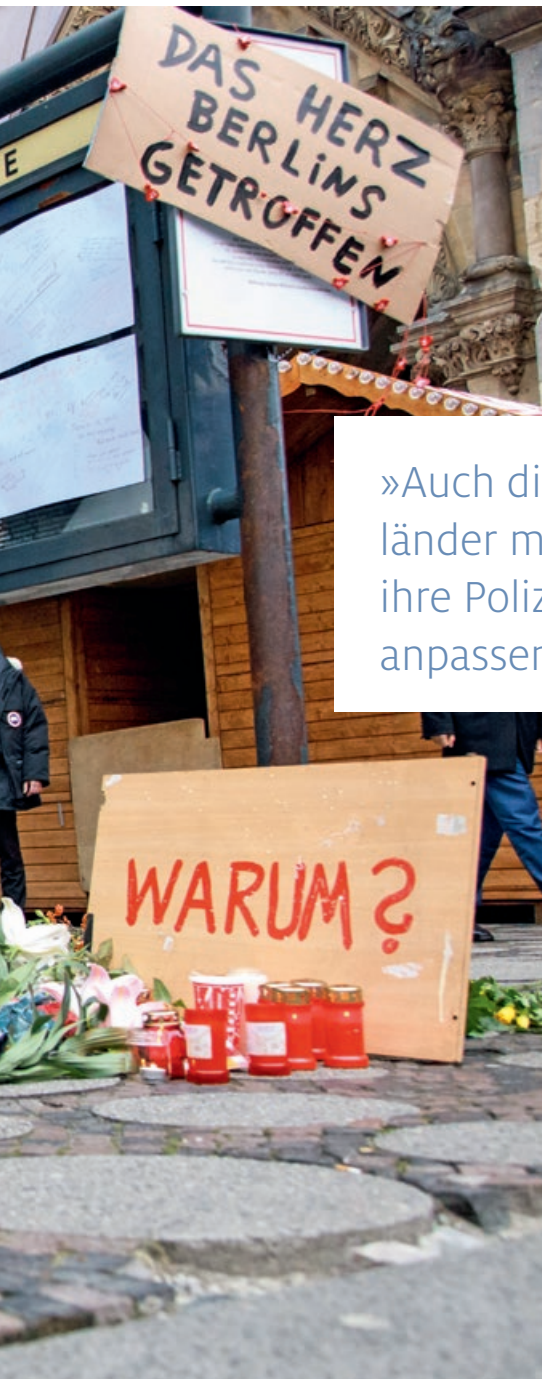
Trotz zunehmender Integration der Bundeswehr in multinationale Verbundfähigkeiten – eines verändert sich nicht. Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee, über deren bewaffnete Einsätze der Bundestag entscheidet.

Bundeskanzlerin Angela Merkel
und Bundesinnenminister Thomas
de Maizière legen am Anschlag-
ort Blumen nieder.



Der Rechtsstaat muss Flagge zeigen

Aus dem Anschlag in Berlin die richtigen Konsequenzen ziehen



»Auch die Bundesländer müssen ihre Polizeigesetze anpassen.«

© Michael Gottschalk/Photothek

Der verheerende Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche hat das Thema Innere Sicherheit erneut in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt. Bundeskanzlerin Angela Merkel versprach bereits wenige Tage nach dem Anschlag mit zwölf Todesopfern und mehr als 50 Verletzten, dass überall dort, wo es »Bedarf für politische oder gesetzliche Veränderungen« gebe, die Bundesregierung die notwendigen Maßnahmen »zügig verabreden und umsetzen« werde. Anfang Januar forderte die Kanzlerin auf der Jahrestagung des Beamtenbunds dbb den Koalitionspartner auf, »nicht nur in Ankündigungen stecken zu bleiben, sondern auch wirklich Flagge zu zeigen«. Ziel der Sicherheitspolitik müsse »Sicherheit in Freiheit« sein.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte schon im September konkrete Vorschläge für sicherheitspolitische Maßnahmen gemacht, die aber nach seinen

Worten damals von der SPD »in die Tonne getreten« wurden. Erst nach dem Anschlag vom 19. Dezember bewegte sich der Koalitionspartner. So sollen abgelehnte Asylbewerber künftig leichter inhaftiert werden können, wenn von ihnen eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht. Zudem soll für diesen Personenkreis die Überwachung mit einer elektronischen Fußfessel auch ohne strafrechtliche Verurteilung möglich werden. De Maizière weist allerdings darauf hin, dass die allermeisten »Gefährder« durch die Länder überwacht werden und die Neuregelung daher auch als »dringende Anregung und Aufforderung« an die Länder zu verstehen ist, in ihren Polizeigesetzen ähnliche Regelungen einzuführen. Anders als bisher soll Abschiebehaft in Zukunft auch dann verhängt werden können, wenn zu erwarten ist, dass eine Abschiebung wegen fehlender Dokumente länger als drei Monate dauern wird. Für Asylbewerber, die falsche Angaben zu ihrer Identität machen, ist eine Residenzpflicht, also eine verschärfte Wohnsitzauflage, geplant.

Instrumentarium zur Terrorismusbekämpfung wird erheblich geschärft

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Stephan Mayer, begrüßte die angekündigten Maßnahmen und forderte eine schnelle Umsetzung. Das sei die Koalition nicht zuletzt den Opfern des Anschlages vom Breitscheidplatz schuldig. Mayer ist überzeugt, dass durch die geplante Einführung eines neuen Haftgrundes für diejenigen, die eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, das Instrumentarium zur Terrorismusbekämpfung erheblich geschärft wird. Auch die Absicht, die mögliche Dauer des Ausreisegewahrsams zu verlängern, unterstütze die CDU/CSU-Fraktion. Allerdings müsse in Gesprächen mit den Sicherheitsbehörden noch ausgelotet werden, »ob die vorgesehene Ausweitung auf maximal zehn Tage wirklich ausreicht«, sagte Mayer.

Die Vereinbarungen der Koalition ergänzen zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Inneren Sicherheit, die bereits in den vergangenen Jahren zumeist von der Union durchgesetzt worden waren. So erhalten Bundespolizei, Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz bis zum Jahr 2020 rund 10.000 neue Stellen. Bei der Bundespolizei gibt es eine neue Anti-Terror-Einheit, die vor allem in akuten Bedrohungssituationen zum Einsatz kommen soll. Der Kampf gegen den islamistischen Terror wurde auch mit anderen Maßnahmen verstärkt. So sind jetzt Reisen strafbar, die mit der Absicht unternommen werden, eine terroristische Gruppe wie etwa den »Islamischen Staat« zu unterstützen. Mutmaßlichen Dschihadisten können Pass und Ausweis entzogen werden.

Die Union wird weiter den Druck auf die Bundesländer aufrechterhalten, die Defizite bei der Ausstattung der Justiz abzubauen. CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder wies darauf hin, dass die Polizei im Jahr bundesweit rund 3,5 Millionen Straftaten aufklärt. Dem stünden bundesweit nur 5.200 Staatsanwälte gegenüber. »Es ist bezeichnend, dass immer mehr Verfahren eingestellt werden, weil offenbar die Ermittlungsbehörden überlastet sind«, kritisierte

Kauder. Die Länder sind auch gefordert, die Video-Überwachung im öffentlichen Raum auszubauen. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Michael Grosse-Brömer, nannte es ein »Zeichen von Realitätsverweigerung«, dass sich der rot-rot-grüne Senat in Berlin dieser Maßnahme verschließt, die das Sicherheitsgefühl der Bürger stärkt und die Aufklärung von Straftaten erleichtert.

Wenige Tage nach dem Anschlag unterbreitete Innenminister de Maizière in einem Grundsatzartikel für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« noch sehr viel weitergehende Vorschläge für eine Neuordnung der Sicherheitsstrukturen in Deutschland. Unter dem Titel »Leitlinien für einen starken Staat in schwierigen Zeiten« schlug er unter anderem vor, dem Bund im Bereich der Inneren Sicherheit mehr Kompetenzen zu geben. Notwendig ist aus seiner Sicht eine Stärkung des Bundeskriminalamts und eine Diskussion über die Neustrukturierung der Landesämter für Verfassungsschutz zugunsten eines stärkeren Bundesamtes. Wo Bund und Länder in Angelegenheiten der Sicherheit des Bundes zusammenarbeiteten, brauche der Bund eine Steuerungskompetenz »über alle Sicherheitsbehörden«. Auch will de Maizière die Bundespolizei zu einer Polizei im Bundesgebiet ausbauen. So soll die bisherige Einschränkung der Schleierfahndung auf einen Raum von 30 Kilometern hinter der Landesgrenze aufgehoben werden. Auf den stärksten Widerstand, auch bei einigen unionsregierten Ländern, stieß de Maizières Vorschlag für eine Zentralisierung des Verfassungsschutzes.

»Nationale Kraftanstrengung« bei Abschiebungen gefordert

Zudem schlägt de Maizière »eine ergänzende Vollzugszuständigkeit« des Bundes bei Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern vor. In den letzten Tagen oder Wochen ihres Aufenthalts in Deutschland könnten Ausreisepflichtige in »Bundesausreisezentren« untergebracht werden, »vorzugsweise in der Nähe deutscher Verkehrsflughäfen«. Rein rechtlich wäre das schon jetzt möglich. Ähnlich wie die Kanzlerin verlangt auch de Maizière eine »nationale Kraftanstrengung« bei der Abschiebung.

Die EU-Asylverfahrensrichtlinie möchte de Maizière so überarbeiten, dass ein Land schon dann als sicherer Drittstaat einzustufen ist, wenn dort menschenwürdige und sichere Aufnahmebedingungen gewährleistet sind. Nach

»Die Ermittlungsbehörden sind offenbar überlastet.«



Gegen Cyber-Angriffe gewappnet

IT-Systeme und digitale Infrastrukturen schützen

Immer mehr Bereiche des Lebens werden von der Digitalisierung geprägt. Das bringt große Chancen mit sich, birgt aber auch Gefahren. Cyber-Angriffe auf Institutionen wie den Deutschen Bundestag gehören ebenso dazu wie Cyber-Spionage gegen Wirtschaftsunternehmen. Auch Terroristen und Extremisten nutzen das Internet für ihre Propaganda.

In enger Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden stellt sich das Bundesinnenministerium diesen Herausforderungen. Ziel ist es, die IT-Systeme und digitalen Infrastrukturen Deutschlands zu den sichersten weltweit zu machen. So wurden für die Betreiber kritischer Infrastrukturen etwa im Bereich der Energie-, Wasser- und Nahrungsmittelversorgung spezielle Sicherheitsanforderungen entwickelt, die sie gegen Angriffe auf ihre Systeme schützen sollen. Im Falle einer Attacke haben sie die Pflicht, diese umgehend den Sicherheitsbehörden zu melden. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik stellt »mobile Einsatzteams« auf, die sich im Falle eines



Ein Bundespolizist auf Patrouille am Bahnhof in Erfurt

© Thomas Trutschel/Photothek

dem Vorbild des Flüchtlingsabkommens der EU mit der Türkei könnten dann ähnliche Verträge auch mit anderen Ländern geschlossen werden. Dabei müssten dieselben drei Grundsätze gelten wie beim Türkei-Abkommen: »Rückführung ohne Asylsachprüfung, menschenwürdige Aufnahme am ›sicheren Ort‹ und legale Zugangswege«.

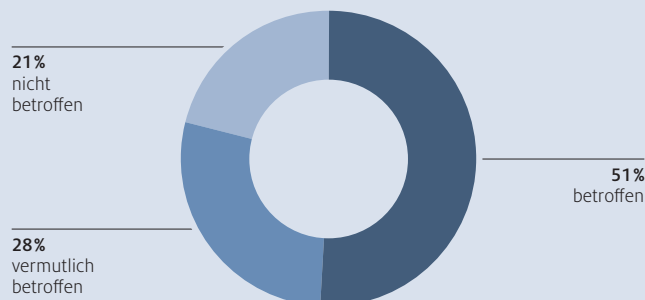
Der für Innenpolitik zuständige Unionsfraktionsvize Stephan Harbarth nannte den Vorstoß des Innenministers einen mutigen und wichtigen Anstoß für eine notwendige Debatte. Harbarth verlangte, die Überlegungen sachlich zu diskutieren, und warnte davor, sie reflexhaft zurückzuweisen. »Dafür ist die Sicherheitslage zu ernst.«

Cyber-Angriffs schnell zu dem betroffenen Unternehmen begehen können, um dort praktische Hilfe zu leisten. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, schlägt zudem vor, auf Cyber-Angriffe gegebenenfalls mit »aktiven Gegenmaßnahmen und Gegenangriffen« zu reagieren. Denkbar wäre beispielsweise die Abschaltung des Servers, von dem solche Angriffe ausgehen.

Die neu geschaffene »Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich« (ZITiS) hat die Aufgabe, die Polizei und die übrigen Sicherheitsbehörden bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben so effektiv wie möglich zu unterstützen. Stärker tätig werden die Strafverfolgungsbehörden zudem im sogenannten Darknet, einem abgeschotteten und verschlüsselten Bereich des Internets. Ihnen gelang es zuletzt, ein umfangreiches Ermittlungsverfahren abzuschließen, in dem es um illegalen Handel mit gestohlenen Kreditkartendaten, Drogen, Falschgeld und Waffen ging.

Digitale Angriffe

Anteil der Unternehmen, die in den letzten 2 Jahren von Datendiebstahl, digitaler Wirtschaftsspionage oder Sabotage betroffen waren



Basis: 1.047 Unternehmen ab 10 Mitarbeitern; Quelle: Bitkom Research 2015



Digitalisierung als Chance begreifen

Joachim Pfeiffer über den Umbruch im Einzelhandel – Einkauf per Mausklick immer beliebter



Joachim Pfeiffer
Wirtschaftspolitischer Sprecher
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

© Steven Rösler

Alle Menschen müssen einkaufen. Während sie früher selbst in ein Geschäft gehen mussten, können sie heute viele Einkäufe mit einem Mausklick bequem von zu Hause aus erledigen. Die rasch voranschreitende Digitalisierung stellt die bekannten Verkaufsstrukturen auf den Kopf und zwingt den Einzelhandel, sich völlig neu aufzustellen. Die Unionsfraktion hat deshalb im Dezember 2016 das Positionspapier »Einzelhandel 4.0« verabschiedet. Darin werden die wichtigsten Herausforderungen der Branche aufgegriffen und Vorschläge gemacht, wie sich der Wandel am besten gestalten lässt. Über das Thema sprach »Fraktion direkt« mit dem

wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer.

Herr Pfeiffer: Sie haben den Anstoß für das Papier gegeben. Was hat Sie dazu veranlasst?

Pfeiffer: Die gesellschaftliche und politische Diskussion über die Chancengleichheit zwischen stationärem und Online-Handel wurde bisher kaum geführt. Die Wirtschaftspolitiker haben deshalb eine eigene Gesprächsreihe, das Forum Einzelhandel, ins Leben gerufen. In zahlreichen Fachgesprächen mit Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Behörden haben wir den Wandel im Einzelhandel von verschiedenen Seiten beleuchtet: Sind stationärer Handel und Online-Handel Rivalen oder ergän-

zen sie sich? Was bedeutet diese Entwicklung für die Innenstädte? Wie können logistische Probleme gelöst werden? Welche Kooperationsmöglichkeiten bieten sich? Welche Rolle spielt das Kartellrecht? Das Positionspapier fasst unsere Antworten auf diese und andere Fragen zusammen.

Welche Bedeutung hat der Einzelhandel für die deutsche Wirtschaft?

Pfeiffer: Der Einzelhandel ist mit einem Jahresumsatz von insgesamt 472 Milliarden Euro im Jahr 2015, mehr als drei Millionen Beschäftigten und einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 15,6 Prozent eine der wichtigsten Branchen der deutschen Wirtschaft. Die Verkäufe über das Internet hatten im Jahr 2015 bereits einen Marktanteil von 11,7 Prozent am Jahresumsatz. Bis 2020 wird eine annähernde Verdopplung des Marktanteils auf 20 Prozent prognostiziert.

Die Zahlen zeigen aber auch, dass der klassische Einzelhandel mit seinen Geschäften immer noch weit überwiegt. Er ist ganz entscheidend für die Attraktivität unserer Städte und für die ländlich geprägten Regionen. Geschäfte und Läden bieten Arbeitsplätze, versorgen die Menschen vor Ort mit dem, was sie brauchen, und fungieren als soziale Treffpunkte. Über 90 Prozent der Einzelhändler in Deutschland sind kleine und mittelständische Unternehmen. Auf sie entfielen im Jahr 2015 jedoch nur 17,9 Prozent des Jahresumsatzes. Der Rest entfällt auf die großen Ketten und den Online-Handel.

Wo sehen Sie die größten Herausforderungen für die Branche?

Pfeiffer: Die größte Herausforderung ist zweifellos die rasant zunehmende Digitalisierung und das sich dadurch ändernde Kundenverhalten. Digitalisierung bedeutet dabei mehr als nur im Internet einzukaufen. Mobile Bezahlmethoden externer Zahlungsdienstleister, neue Einkaufserlebnisse im Ladengeschäft – beispielsweise durch sogenannte Beacons, die Werbung und Informationen über Produkte im Vorbeigehen auf das Smartphone senden – oder neue Einkaufsmodelle – wie online bestellen

und im Laden abholen – lassen die Grenzen zwischen analogem und digitalem Einkaufen immer mehr verschwimmen.

Wo sehen Sie die Politik in der Verantwortung?

Pfeiffer: Die Politik muss den Wandel begleiten und den Rahmen rechtssicher und fair gestalten. Fast alle Politikbereiche sind davon betroffen. Es bedarf u.a. eines flächendeckenden Breitbandausbaus und eines funktionierenden mobilen Internets. Wir brauchen belebte und attraktiv gestaltete Innenstädte. Gleichzeitig erwarten die Menschen in ländlichen Gebieten, dass sie auch in Zukunft wohnortnah versorgt werden.

Mehr Online-Handel bedeutet aber auch einen erhöhten Bedarf an Verkehrs- und Logistikinfrastruktur sowie qualifizierte, breit ausgebildete Mitarbeiter. Die Tarifpartner haben die Aufgabe, die sich verändernden Marktbedingungen in den Tarifverhandlungen angemessen zu berücksichtigen. Nicht vergessen werden darf der grenzüberschreitende Online-Handel in der EU. Hier brauchen wir Regeln, die einen fairen Wettbewerb ermöglichen.

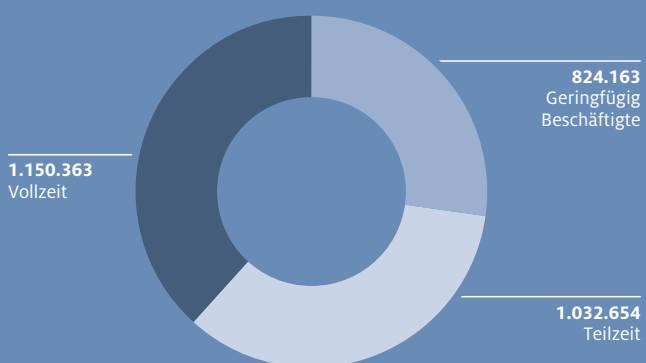
Wie sieht der erfolgreiche Einzelhändler der Zukunft aus?

Pfeiffer: Den »Multichannel-Handel«, also die Vernetzung zwischen stationärem und Online-Handel, halte ich für besonders vielversprechend. Ihm gehört die Zukunft. Umfragen haben ergeben, dass 60 Prozent aller Europäer bereit sind, ihre Ware online zu bestellen und anschließend im stationären Geschäft abzuholen. 73 Prozent der Befragten würden zudem ihre online gekaufte Ware auch gerne im Laden vor Ort persönlich zurückgeben können. Aus meiner Sicht zeigt dies, dass der erfolgreiche Einzelhändler der Zukunft mehrere Standbeine nutzen sollte. Er sollte auf allen Ebenen präsent sein: vor Ort und digital. Er sollte regelmäßig sein Produktangebot erneuern und in vielversprechende neue Technologien investieren. Auch hier gilt: Wer im Wettbewerb erfolgreich sein will, muss flexibel und offen für Neues sein.

»Der »Multichannel-Handel« ist besonders vielversprechend.«

Beschäftigte im Einzelhandel

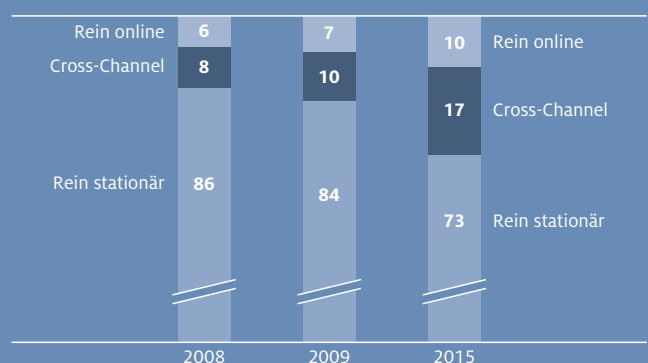
Anzahl in Deutschland (Stichtag: 30. September 2015)



Quelle: HDE; auf Basis von Zahlen der Bundesagentur für Arbeit

Schnelles Wachstum der Cross-Channel-Händler

Anteil am Umsatz der Non-Food-Unternehmen in Prozent



Quelle: IIHD Research 2016



»Die Landwirtschaft ist eine Zukunftsbranche«

Neues Tierwohl-Siegel auf der Grünen Woche vorgestellt

Glückliche Kühe an Melkcomputern, selbstfahrende Hightech-Traktoren, saftiges Obst und Gemüse aus dem Hofladen: Die Internationale Grüne Woche zeigte Ende Januar in Berlin die neuesten Trends aus Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau. Doch der Messe-Eindruck einer heilen Welt trügt: Die deutschen Landwirte haben ein schlechtes Jahr hinter sich. So schlecht, dass die Politik mit Millionen-Hilfspaketen einspringen musste. Und trotzdem müssen viele Bauern aufgeben.

Arbeiteten Anfang der 1990er Jahre noch knapp 1,2 Millionen Menschen in einem landwirtschaftlichen Betrieb, sind es heute nur noch 650.000. Die Zahl der Höfe ist von gut 540.000 auf 280.000 gesunken. Im vergangenen Jahr hat sich das Höfesterben deutlich beschleunigt. »Mit jedem Hof, der aufgeben muss, verliert nicht nur eine Familie ihre Existenz. Es stirbt ein Stück unserer Kultur. Deshalb geht es am Ende um die Struktur unseres ganzen

Landes«, warnt Gitta Connemann, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

In dieser Krise ist die Politik den Bauern beige gesprungen. EU-Kommission, Bundesregierung und CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben ein Hilfspaket geschnürt, aus dem den deutschen Bauern bis Ende 2017 eine Gesamtsumme von 581 Millionen Euro zugutekommt. Um zusätzlich Geld auf die Höfe zu bringen, hat sich die Unionsfraktion für weitere Zuschüsse zur Unfallversicherung der Landwirte über 2016 hinaus eingesetzt. Mit Erfolg: Im Landwirtschaftsetat des Bundeshaushalts 2017 sind dafür erneut 178 Millionen Euro veranschlagt. Die Unionsfraktion hat zudem steuerliche Erleichterungen und ein Bürgerschaftsprogramm für Betriebe durchgesetzt.

Neben dem finanziellen Druck belastet die Bauernfamilien die ständige öffentliche Kritik. Zu viel Dünger, zu viele Pflanzenschutzmittel, zu wenig Tierwohl lauten die Schlagworte. »Unsere Landwirte sorgen täglich dafür, dass wir satt werden. Sie nutzen zunehmend neue Techniken, die das Tierwohl verbessern und einen effizienten Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln erlauben. Umso unverständlicher ist die Kritik«, sagt die CSU-Landwirtschaftsexpertin Marlene Mortler. »Die Landwirtschaft ist eine Zukunftsbranche.« Aus Sicht der Unionsfraktion unterstreicht gerade die Grüne Woche dies mit ihrer Präsentation von Melkcomputern, digitalen Landmaschinen oder Düngedrohnern.

Auf der Grünen Woche wurde auch über das Grünbuch von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) diskutiert. Mit den Vorschlägen will er Brücken bauen zwischen Landwirten und Verbrauchern – sowie für ein besseres Verständnis, für eine größere Akzeptanz und für mehr Transparenz werben. So soll ein neues staatliches Tierwohl-Siegel den Verbrauchern beim Einkaufen helfen, Fleisch aus artgerechter Haltung ausfindig zu machen. Spätestens 2018 soll das Label an den Start gehen.



© Steven Rösler



© Joachim Riecker

Bild oben: Volker Kauder und Gitta Connemann beim Besuch der Grünen Woche

Bild unten: Michael Grosse-Brömer und Franz-Josef Holzenkamp mit dem Präsidenten des Deutschen Forstwirtschaftsrates, Georg Schirmbeck

CSU-Landesgruppe zieht ins Kloster um

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, und der Parlamentarische Geschäftsführer Max Straubinger begrüßen am 6. Januar 2017 im Kloster Seeon in Bayern eine Sternsinger-Gruppe. Die Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag bildet immer den Auftakt des politischen Jahres. Wegen Sanierungsarbeiten in Wildbad Kreuth fand die Tagung zum ersten Mal im oberbayerischen Kloster Seeon statt. Im Mittelpunkt standen dabei die Innere Sicherheit und die Terrorismusbekämpfung.



© Tobias Hase/dpa

Noll neue Bundestagsvizepräsidentin

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Michaela Noll wurde am 19. Januar 2017 zur neuen Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages gewählt. Sie folgt auf Peter Hintze, der im November 2016 an den Folgen einer Krebserkrankung gestorben war. Zur Nachfolgerin von Michaela Noll im Amt der Parlamentarischen Geschäftsführerin wählte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Anja Karliczek.



© Monika Skolimowska/dpa

Bundestag erinnert an Terroropfer

Der Bundestag hat am 19. Januar 2017 der Opfer des Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz kurz vor Weihnachten gedacht. An die Angehörigen der zwölf Terroropfer gerichtet sagte Bundestagspräsident Norbert Lammert: »Wir teilen Ihre tiefe Trauer.« Die Abgeordneten erhoben sich zu einer Schweigeminute. Im Bild ist die Spitze der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu sehen. Bundespräsident Joachim Gauck verfolgte die Ansprache von einer Tribüne im Reichstagsgebäude aus.



© Tobias Koch

»Fraktion direkt« – Jetzt als App

Elektronische Bibliothek für alle Veröffentlichungen
inklusive des Monatsmagazins – Link zu Veranstaltungen

Für »Fraktion direkt« – das Magazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – war 2016 ein Jahr der Neuerungen. Im Herbst vergangenen Jahres wurde aus dem gehefteten Blatt, das zum Ende einer jeden Sitzungswoche erschien, ein modernes Monatsmagazin: Über die reine politische Berichterstattung hinaus liefert es Hintergrundinformationen, Interviews und Analysen, beantwortet drängende Fragen der Bürger und wirft Schlaglichter auf Entwicklungen.

Damit Sie auf »Fraktion direkt« an keinem Ort verzichten müssen, gibt es das Magazin seit Ende 2016 auch als mobile Anwendung für Smartphones und Tablets, kurz: als App. So haben Sie das Heft für die schnelle Lektüre oder zum Nachschlagen immer zur Hand.

»Fraktion direkt – die App« bildet aber nicht nur die Themen des Magazins ab, sie funktioniert darüber hinaus wie eine Bibliothek. Dort finden Sie Wissenswertes über die

CDU/CSU-Bundestagsfraktion, alle neuen Flyer und Broschüren sowie Veranstaltungstipps. »Fraktion direkt – die App« können Sie für Smartphones und Tablets mit Android-Betriebssystem im Google-Play-Store sowie für iPads und iPhones im Apple-App-Store (iOS) kostenfrei downloaden.

Zusätzlich veröffentlicht die Fraktion noch einen elektronischen Newsletter, der immer freitags erscheint. Dieser Newsletter fasst die aktuellen Geschehnisse und Entwicklungen der Woche zusammen. Abonnieren können Sie unser Magazin und den elektronischen Newsletter über www.cdusu.de/newsletter-abo. Die Printausgabe können Sie auch per Mail bestellen – unter: fraktiondirekt.abo@cdusu.de





Historischer Konsens zur Entsorgung nuklearer Abfälle

Fragen und Antworten zur Neuregelung der Verantwortlichkeiten

Spätestens 2022 wird in Deutschland das letzte Kernkraftwerk vom Netz gehen. Auch danach bleibt viel zu tun: Die Anlagen müssen zurückgebaut, die nuklearen Abfälle entsorgt werden. Voraussetzung ist, dass in Deutschland die nötigen Atommüllendlager errichtet werden. Das kostet viel Geld – Geld, das nach dem Verursacherprinzip die Kernkraftbetreiber aufbringen müssen. Die Unternehmen haben dafür Milliardensummen zurückgestellt. Im Rahmen eines historischen Konsenses haben CDU/CSU, SPD und Grüne am 15. Dezember 2016 im Bundestag die Neuordnung der kerntechnischen Entsorgung beschlossen.

Warum bestand beim Thema nukleare Abfälle Handlungsbedarf?

Radioaktiver Abfall muss wegen der gefährlichen Strahlung für eine Million Jahre sicher gelagert werden. So sehen es die Sicherheitsanforderungen des Bundes vor. Der Bau von Zwischen- und Endlagern sowie deren Finanzierung sind also äußerst verantwortungsvolle und langfristige Aufgaben. Vermutlich wird es bis Ende des Jahrhunderts dauern, bis die letzten Atomabfälle in einem Endlager in Deutschland untergebracht sind. Bisher verwalten die Kernkraftbetreiber die erforderlichen Finanzmittel. Angesichts der langen Zeiträume ist es jedoch die sicherste

Lösung, die Gelder von den Unternehmen auf den Staat zu übertragen.

Was sind die wesentlichen Punkte der Neuregelung?

Die Betreiber bleiben für den sicheren Rückbau der Kernkraftwerke verantwortlich. Für die Zwischen- und Endlagerung übertragen sie aber rund 23,5 Milliarden Euro auf einen öffentlich-rechtlichen Fonds, der unter der Aufsicht des Bundeswirtschaftsministeriums steht. Ein Gesetz gewährleistet außerdem, dass sich die Betreiber nicht durch Umstrukturierung ihrer Konzerne – also durch Abspaltung der Kernenergiesparte – von ihrer Haftung befreien können.

Warum ist das Regelungspaket eine sinnvolle Lösung?

Oberstes Prinzip bleibt die sichere Entsorgung – ohne Wenn und Aber. Mit der Neuregelung wird auch das Verursacherprinzip konsequent umgesetzt. Das verhindert, dass die Steuerzahler für die Entsorgung des Atommülls zur Kasse gebeten werden. Zugleich werden die Energieversorger in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt. Sie sollen auch in Zukunft in der Lage sein, ihren Rückbaupflichten nachzukommen, Arbeitsplätze zu erhalten und für Versorgungssicherheit in Deutschland zu sorgen. Nach Jahrzeh-

ten einer komplizierten Aufteilung der Zuständigkeiten im Bereich nuklearer Entsorgung werden endlich klare Strukturen geschaffen.

Reicht das Geld oder zahlt der Steuerzahler am Ende drauf?

Die rund 23,5 Milliarden Euro, die für die Zwischen- und Endlagerung auf den Bund übergehen, setzen sich aus den Rückstellungen der Energieversorger in Höhe von gut 17,4 Milliarden Euro und einem Sicherheitszuschlag von rund sechs Milliarden Euro zusammen. Das sind ca. 35 Prozent der geschätzten Kosten. Hinzu kommen 17,8 Milliarden Euro, die die Kraftwerksbetreiber für den Rückbau der Kernkraftwerke aufbringen müssen.

Unabhängige Gutachter der Bundesregierung haben bestätigt, dass die Höhe der Zahlungen angemessen ist. Die Steuerzahler werden laut dieser Prognose nicht draufzahlen müssen. Es kommt jetzt darauf an, dass der Staat die Mittel effizient verwaltet. Vor allem aber: Es muss zügig Fortschritte bei der Suche und Inbetriebnahme von Endlagern geben. Zum Beispiel sollte der Schacht Konrad als Endlager für den schwach- und mittelradioaktiven Abfall rasch in Betrieb gehen.

 Bundestagsdrucksache
18/10469

Länder und Kommunen bekommen auch in diesem Jahr mehr Geld vom Bund. Laut Bundesrechnungshof beträgt die Summe der finanziellen Entlastungen 2017 rund **73** Milliarden Euro. So entlastet der Bund die Länder mit rund **10** Milliarden Euro bei der Forschungsförderung. **2,5** Milliarden Euro stellt der Bund zur Stärkung der Kommunalfinanzen zur Verfügung. Zudem beteiligt er sich mit **7,13** Milliarden Euro an den Kosten für die Grundsicherung im Alter. **6,5** Milliarden Euro zahlt der Bund für die Wohnkosten von Arbeitssuchenden, die Grundsicherung beziehen. Daneben gibt es **1** Milliarde Euro für die Betriebskosten von Kitas. Mit **6** Milliarden Euro unterstützt der Bund die Integration von Flüchtlingen für die Jahre 2016 bis 2018. Ab 2018 werden die Kommunen zusätzlich mit **5** Milliarden Euro jährlich entlastet.

Ein robuster Rechtsstaat braucht eine starke Justiz

Von Jens Gnisa, Vorsitzender des Deutschen Richterbundes

Eins ist jetzt schon sicher: Der Wunsch nach Sicherheit wird in diesem Jahr für viele Bürger ein ganz entscheidendes Wahlkriterium sein. Die Vorkommnisse von Köln in den vergangenen beiden Silvesternächten, die Attentate in Bayern im Sommer 2016 und nun der Fall Anis Amri mit seinen immer neuen Wendungen haben die Menschen in unserem Land zutiefst beunruhigt. Keine Frage, auch ich mache mir Sorgen. Denn die



© DRB/Andreas Burhardt

Behörden, die für Sicherheit zu sorgen haben, sind ebenso wie die Gerichte mit großen Problemen konfrontiert und geschwächt aus den letzten Jahren hervorgegangen.

Bei der Polizei ist über viele Jahre Personal abgebaut worden und auch die Justiz hat einen eklatanten Personalmangel – bundesweit fehlen nach den Erhebungen der Justizverwaltungen der Länder mindestens 2.000

Richter und Staatsanwälte. Das hatte schon vor den jüngsten, alarmierenden Ereignissen erhebliche Auswirkungen, aber die Alarmzeichen sind einfach nicht wahrgenommen worden. Die Staatsanwaltschaften stellen heute mehr Verfahren nach Opportunitätsgrundsätzen ein, als sie insgesamt an Anklagen und Strafbefehlen formulieren. Das entspricht der Not der Praxis, aber wohl kaum den Vorstellungen des Gesetzgebers, der das Legalitätsprinzip immer noch zum Kern unseres Strafverfahrens zählt. Besonders ächzen auch die Landgerichte in Strafverfahren. Die Prozesse sind durch international agierende Banden, ein immer komplexeres Recht sowie exzessives Verteidigerverhalten deutlich komplizierter geworden. Die Landgerichte benötigen deshalb heute mehr Verhandlungstage für einen Fall als früher. Im Jahr 2005 wurden noch rund 67 Prozent der Fälle in ein oder zwei Verhandlungstagen erledigt, heute sind dies nur noch 44 Prozent. Dazu kommen Aufhebungen von Haftbefehlen oder gar Strafrabatte wegen einer zu langen Verfahrensdauer. Immerhin muss deshalb bereits in rund einem Drittel der Wirtschaftsstrafverfahren die eigentlich gerechte Strafe reduziert werden.

Das alles kostet die Justiz Vertrauen und das ist eigentlich das Pfund, mit dem sie doch wuchern müsste.

Denn der Rechtsstaat braucht das Vertrauen seiner Bürger wie die Luft zum Atmen. Ich erhalte viele Zuschriften aus der Bevölkerung. Vor Monaten waren es eher Hassmails. Das gehört wohl heute dazu und lässt sich verschmerzen. Jetzt drücken sich in den Mails aber auch echte Sorgen aus, die ich teilen kann. Der Bürger schaut heute sehr genau auf das Handeln des Staates und der Justiz.

Jede Krise hat aber auch ihre Chancen. Zu Recht hat die Bundeskanzlerin die äußere Sicherheit Deutschlands in den Blick genommen und möchte etwa den Etat für die lange Zeit bitter vernachlässigte Bundeswehr von 1,2 auf 2,0 Prozent des Bruttosozialproduktes erhöhen. Auch im Bereich der inneren Sicherheit ist das Problem erkannt und der Bund stellt kurzfristig tausende Bundespolizisten ein. Die Länder reagieren ebenfalls. Das alles ist richtig.

»Justiz wird zum Flaschenhals für Strafverfahren«

Nunmehr droht aber die Justiz, die nichts zuzusetzen hat, mehr denn je zum Flaschenhals für die Strafverfahren zu werden. Denn mehr Polizei heißt auch, mehr ermittelte Straftäter und damit mehr Strafverfahren. Deshalb ist eine ähnliche Kraftanstrengung wie bei der Polizei auch für die (Straf-)Justiz dringend erforderlich. Mehr Personal allein wird es aber nicht richten. Daneben brauchen wir auch ein praktikables Prozessrecht, das nicht unnötig viele Fußangeln in den Verfahren auslegt. Dringend wünschenswert wäre es zudem, wenn der Gesetzgeber sich strenger als früher an das Ultima-ratio-Prinzip halten würde. Nicht jedes gesellschaftliche Problem muss direkt mit der größtmöglichen Keule des Strafrechts bekämpft werden.

Trotz der angespannten Sicherheitslage sollten wir optimistisch nach vorne schauen. Wenn wir unseren Rechtsstaat, der uns 70 Jahre Freiheit, Wohlstand und Sicherheit gebracht hat, jetzt deutlich robuster aufstellen, wird er den gewachsenen Herausforderungen gerecht. Das sollte es uns allen wert sein.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer
(verantwortl.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



»Hetze dürfen wir niemals hinnehmen, auch nicht im Netz.«

Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Nadine Schön, über Hasskommentare in den sozialen Medien

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

© Steven Rösler

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:
blogfraktion.de



www.youtube.com/cducusu

Fraktion direkt:
www.cducusu.de/fd



twitter.com/cducusu

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de



[www.instagram.com/
cducusubt](https://www.instagram.com/cducusubt)

»Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin« erscheint jeweils am Ende eines Monats. Bestellen können Sie das Heft unter fraktiondirekt.abo@cducusu.de

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter www.cducusu.de/newsletter-abo. Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.

Termine

12. Februar 2017
16. Bundesversammlung

7. März 2017
Fraktionsoffene Sitzung
»Russische Einflussnahme im Ausland«

8. März 2017
Kongress
»#PerspektiveDigital«